



Newsletter Serap Güler MdB



Kritik am Kanzler steigt immer weiter.

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

Ich freue mich sehr über Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit im Deutschen Bundestag. Mit diesem monatlichen Newsletter halte ich Sie zum Geschehen in der Berliner Politik, meinen Aufgabenbereichen im Parlament, meinem Ausschuss sowie meinem Wahlkreis auf dem Laufenden und informiere über meine öffentlichen Termine. Haben Sie Fragen oder Anliegen an mich? Dann wenden Sie sich jederzeit an serap.gueler@bundestag.de

Herzliche Grüße,

NRW UND SH MACHEN ES VOR: DIE CDU KANN WAHLKAMPF

So schnell kann ein Jahrzehnt schon wieder vorüber sein. Nach der Bundestagswahl im September vergangenen Jahres wurde durch den jetzigen Bundeskanzler ein "Sozialdemokratisches Jahrzehnt" ausgerufen. Die Genossen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben von dieser Nachricht scheinbar nicht viel mitbekommen, denn in beiden Landesparlamenten dominiert nach den Wahlen weiterhin die CDU. Aus der jeweiligen Regierung heraus, haben wir es geschafft, die Ergebnisse von 2017 zu verbessern und jeweils eindeutig stärkste Kraft zu werden. Eine Bestätigung für die gute Arbeit, die wir in beiden Ländern gemacht haben. Außerdem sind die beiden Ergebnisse



Foto: Laurence Chaperon

ein wichtiges und positives Signal aus der Union heraus. Wir können Wahlkampf und wir können Wahlen gewinnen. Das mit den Stimmen verbundene Vertrauen der Wähler stärkt darüber hinaus unsere Arbeit auch in Berlin.

Mit den beiden Landtagswahlen gab es eine erste Bewertung der bisherigen Politik der Ampel-Regierung im Bundestag. Die Stimmungsverhältnisse zeigen, dass viele Wählerinnen und Wähler aktuell nur schwer dem Handeln der Ampel zustimmen können. Das erfolgreiche Abschneiden der Grünen bei den Landtagswahlen wurde sicherlich auch durch das gute Handeln von Baerbock und Harbeck befeuert. Beide stechen durch

ihre Arbeit in der Bundesregierung heraus. Die Arbeit des Bundeskanzlers hingegen wird eindeutig kritisch gesehen. Gerade in NRW hat die hiesige SPD in den vergangenen Wochen versucht gemeinsam Wahlkampf mit Kutschaty und Scholz zu machen. Zahlreiche Bushaltestellen und Plakatwände haben beide zusammen gezeigt. Das schlechteste SPD-Ergebnis in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen hat also auch der Bundeskanzler und die Bundesregierung mitzuverantworten.

Vielleicht versteht die Regierung das Signal aus den Landtagswahlen und fängt endlich an, entschlossener zu handeln, statt zu zaudern, zu zögern und abzuwarten. Der Glaube daran fehlt mir allerdings.

Neues aus dem Bundestag

SCHUTZSCHIRM GEGEN DIE INFLATION

Inflation, Energiepreise und Nahrungsmittelknappheit machen das Leben in unserem Land immer teurer. Aber die Ampel verstrickt sich bei der Inflationsbekämpfung in Ankündigungen und Einzelmaßnahmen. Stattdessen bedarf es jetzt eines entschiedenen Handelns: Einer gezielten Entlastung der Breite der Gesellschaft.

Das bisherige Paket der Bundesregierung ist unausgegoren. Einzelne Maßnahmen - wie etwa das Energiegeld oder das 9-Euro-Ticket - gehen mit unsinnigem bürokratischem Aufwand einher. Einige Gruppen - z.B. Rentner und Studenten - werden kaum oder gar nicht erreicht.

Mit unserem Antrag "Preissteigerung bekämpfen - Schutzschirm gegen die Inflation" fordern wir deshalb weitere Schritte: Einen raschen und vollständigen Ausgleich der kalten Progression. Kurzfristige Auszahlung der Energiepauschale, bei gleichzeitiger Ausweitung auf Rentner, Studenten, Bezieher von Lohnersatzleistungen wie zum Beispiel das Elterngeld für junge Familien. Darüber hinaus braucht es weitere Entlastungen: Für die Jahre 2022 und 2023 müssen wir die Energie-, Strom- und Umsatzsteuer senken - insbesondere für Kraftstoffe. Die Pendler brauchen eine echte und dauerhafte Entlastung. Für mehr Wettbewerbsfähigkeit und stabile Preise brauchen wir strukturelle

Maßnahmen - Beschleunigung von Planungs- und Investitionshemmnissen. All dies ergibt einen wirkungsvollen Inflationsschutzschirm für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.



STÄRKUNG DER GASTRONOMIE

Für die Gastronomie gilt seit dem 1. Juli 2020 bis gegenwärtig Ende 2022 der ermäßigte Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 Prozent. Anfang 2021 wurde auch die Biersteuer für kleine und mittlere Brauereien bis Ende 2022 befristet gesenkt. Damit haben wir in der letzten Legislaturperiode einen Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Folgen und zur Stärkung der Binnennachfrage geleistet. Beides darf aber jetzt nicht auslaufen. Die Gastronomie leidet immer noch unter den Schäden der vergangenen Jahre.



Das Ende der Ermäßigungen würde insbesondere die Erholung der Gastronomie in unseren Innenstädten und den Fortbestand vieler kleiner Brauereien in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation bedrohen. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb die Bundesregierung auf, beide Steuersenkungen dauerhaft fortgelten zu lassen.

MEHR ACKERFLÄCHEN GEGEN DEN HUNGER

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine führt zu Nahrungsmittelknappheit und Preissteigerungen in der Welt. Vor diesem Hintergrund dringt die CDU/CSU Bundestagsfraktion auf die Aussetzung der Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen, die ab 2023 in der EU gelten soll. In einer aktuellen Stunde forderten Unionsabgeordnete den Bundeslandwirtschaftsminister auf, endlich zu handeln.



Der Krieg in der Ukraine wirkt leider wie ein "Brandbeschleuniger" für den Hunger in der Welt. Die pauschale Stilllegung einer Ackerfläche von vier Prozent beiße sich mit dieser Realität. Die Unionsfraktion appellierte an Landwirtschaftsminister Cem Özdemir sich in Brüssel für eine Neubewertung der Lage einzusetzen, denn Deutschland und Europa hätten die besten Böden und gute Anbaubedingungen. Die Idee der vierprozentigen Flächenstilllegung stamme aus einer Zeit, in der

die Versorgungslage gut gewesen sei. Die CDU/CSU rechnete vor, dass Deutschland mit seinen elf Millionen Hektar Ackerland auf die Produktion von 22 Millionen Tonnen Nahrungsmittel verzichten müsse, wenn es 440.000 Hektar stilllege. Diese Fläche sei daher ein relevanter Beitrag, um der Versorgungskrise etwas entgegenzusetzen. Auch der Union ist viel an Umwelt-, Klima- und Artenschutz gelegen. Die CDU/CSU machte aber in der aktuellen Stunde des Bundestages deutlich, dass dort, wo keine Pflanzen angebaut würden, kein CO₂ gebunden werde und keine Lebensräume für Insekten entstünden.

Die Versorgungskrise durch den Krieg in der Ukraine bedroht besonders ärmere Länder auf der Welt. Während die Versorgung in Deutschland und Europa auch weiterhin gesichert ist, werden insbesondere Länder in Afrika und im Nahen Osten in den kommenden Monaten ihre Importe aus der Ukraine nicht erhalten können. Diese Situation könnte zu weiteren Krisen in bereits instabilen Ländern führen. Damit will Putin potenzielle Flüchtlingswellen losstreuen und die Europäische Union entzweien und destabilisieren. Deshalb spricht man dabei auch von einer hybriden Kriegsführung durch Russland. Ähnliches wurde bereits Ende 2021 in Belarus und Polen versucht.

HILFE FÜR DIE UKRAINISCHE BEVÖLKERUNG



Foto: Tobias Koch/CDU

Die Hilfsbereitschaft der Deutschen für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge ist auch im vierten Monat des Krieges weiterhin überwältigend. Unzählige engagieren sich ehrenamtlich und helfen vor Ort in ihren Gemeinden. Mit unserem Antrag, zeigen wir auf, wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen umfassend geholfen werden kann. Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine und der Ankunft der ersten

Flüchtlinge aus der Ukraine haben sich viele Dinge verbessert. Gleichwohl gibt es nach wie vor keinen über den Tag hinausgehenden Plan der Bundesregierung für nachhaltige Hilfe und Integration für die Kriegsflüchtlinge. Ein gut organisierter Staat ist die Grundlage dafür, dass Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen und Kinder gelingt. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die dringend notwendigen Schritte umzusetzen.

Der Ukraine zu helfen, bedeutet gleichzeitig auch Russland den Geldhahn zuzudrehen und die beschlossenen europäischen Sanktionen effektiv und konsequent durchzusetzen. Dafür soll in Deutschland ein spezieller Rechtsrahmen

geschaffen werden. Ausnahmsweise sind die Vorschläge der Ampel-Koalition für sich genommen nicht falsch, sie gehen aber nicht weit genug. Mit unserem Antrag "Schnelle und durchgreifende Reaktion des Rechtsstaats auf den Angriffskrieg Russlands ermöglichen" bringen wir Vorschläge ein, wie sich die Umsetzung der Sanktionen effektiver gestalten lässt. Dazu wollen wir u.a. das Einfrieren von Vermögenswerten erleichtern, die Ermittlungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden gerade bei unklaren Vermögensverhältnissen verbessern. Abschließend schlagen wir weitere Maßnahmen vor, um Geldwäsche bei Immobilientransaktionen noch erfolgreicher zu verhindern. Wir drehen Putin den Geldhahn zu.

ÖL-EMBARGO UND LNG TERMINALS

Den Geldfluss von Russland zu beschränken, bedeutet für Europa und insbesondere Deutschland auch, die Energieimporte weiter zu diversifizieren. Bei den Öl-Importen konnte sich die Europäische Union nun auf einen Kompromiss zum Öl-Embargo einigen. Mehr als zwei Drittel der Importe aus Russland sollen betroffen sein. Damit werden in einem ersten Schritt alle russischen Öl-Lieferungen über den Seeweg unterbunden. Per Pipeline importiertes Öl soll zunächst weiterhin möglich sein, da eine Einigung aller europäischen Länder durch das Drängen

Ungarns nicht zustande gekommen ist.

Neben dem nun angekündigten Öl-Embargo muss Europa und Deutschland auch seine Gas-Strategie dringend neu überdenken. Bisher sind wir abhängig von russischem Gas. Zwischen 30 und 55 Prozent beträgt der Anteil der russischen Gaslieferungen in Deutschland in den vergangenen Jahren. Bis zum Jahresende sollen diese auf etwa 30 Prozent gesenkt werden, vor allem durch den Kauf von verflüssigtem Erdgas, sogenanntem LNG. Dafür benötigt Deutschland allerdings

erst die passende Infrastruktur. Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases soll den Behörden eine schnellere und effiziente Genehmigung des Baus von LNG-Infrastruktur ermöglicht werden. Dazu kann vorübergehend von bestimmten Verfahrensanforderungen, insbesondere im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung, abgewichen werden. Ziel des Gesetzes ist es, alle Zulassungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erheblich zu beschleunigen.

AMPEL SCHAFFT "FÖRDERN UND FORDERN PRINZIP" AB

Die Ampel-Koalition hat mit der beschlossenen Änderung des Zweiten Sozialgesetzbuches das "Prinzip des Förderns und Forderns" nahezu komplett abgeschafft. Aus der beschlossenen Gesetzänderung ergeben sich im Wesentlichen zwei Änderungen:

Erstens werden nun nicht mehr die Leistungen gem. SGB II gekürzt, wenn die betroffene Person beispielsweise eine zumutbare Arbeit oder Ausbildung ohne wichtigen Grund nicht annimmt oder sich nicht darum bewirbt. Bislang erfolgte in

solchen Fällen eine Kürzung des Regelsatzes in Höhe von 30 Prozent. Zweitens werden Sanktionen wegen Terminverletzungen nicht mehr unmittelbar angewendet, sondern führen ab



dem zweiten Meldeversäumnis zu einer Leistungsminderung. Diese ist zusätzlich auf maximal 10 Prozent statt wie bisher maximal 30 Prozent des Regelsatzes begrenzt.

Mit dieser Änderung stellt sich die Ampel-Koalition gegen den ausdrücklichen Rat von Arbeitsmarktexperten. Für uns aber bleibt das "Prinzip des Forderns und Förderns" richtig und unverhandelbar. Unser Land hat einen sehr leistungsstarken Sozialstaat, bei dem eine Mitwirkungspflicht aber Grundvoraussetzung sein sollte.

Krieg in der Ukraine

AKTUELLER STAND IN DER UKRAINE



Seit Ende Februar kämpft die Ukraine um ihr Überleben als freier demokratischer Staat in Europa. Während in den ersten Wochen und Monaten noch die Schlacht um Kiew gewonnen wurde und damit das Bestehen der Regierung gesichert wurde, steht die Ukraine nun im Osten des Landes vor größeren Problemen als bisher. Nachdem die russische Führung realisiert hat, dass ein Erfolg in Kiew und im Westen

des Landes nicht erzwungen werden kann, haben sich die russischen Streitkräfte aus dem Westen zurückgezogen und sich nach einer Neugruppierung auf den Osten der Ukraine konzentriert.

Bis zu diesem Zeitpunkt konnte die Ukraine den Donbas entlang der seit 2014 bestehenden Kontaktlinie den ganzen März und April durchgehend halten und verteidigen. Nun, da die russischen Streitkräfte sich vermehrt auf den Osten der Ukraine konzentrieren, beginnt diese Kontaktlinie langsam verloren zu gehen. Die Ukrainer müssen immer wieder kleine Stücke ihres Landes preisgeben und sich schrittweise zurückziehen. Dabei drohen immer wieder Teile der Armee umfasst

und eingekesselt zu werden. Während zu Beginn im Westen der Ukraine noch kleine Handfeuerwaffen und tragbare Panzer- sowie Flugabwehrwaffen benötigt wurden, fehlt es der Ukraine nun massiv an gepanzerten Fahrzeugen, Kampfpanzern und Artillerie. Im flachen Gelände des Ostens sind diese Waffentypen essenziell für einen Sieg der Ukraine.

Daher muss die Bundesregierung ihren Ankündigungen nun endlich Taten folgen lassen. Gepard, Panzerhaubitze 2000, das Luftverteidigungssystem Iris-T und Mehrfachraketenwerfer wurde der Ukraine als schwere Waffen angekündigt. Leider ist noch nichts davon angekommen.

ARBEIT ALS OPPOSITION DER MITTE

Als einzige Oppositionspartei der Mitte im Parlament ist es unsere Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, zu kritisieren und den Koalitionsparteien ab und zu einen kleinen Schubser in die richtige Richtung zu verpassen. Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass besonders die beiden ersten Dinge wichtig sind, aber wir auch immer wieder zu letzterem Mittel greifen. Beispielsweise wenn es um die Unterstützung der Ukraine oder um die Ausgestaltung des Sondervermögens für die Bundeswehr geht. Wir können auch immer wieder durch Aktionen der

Fraktion oder einzelner Mitglieder der Regierung ihre Fehler aufzeigen.

Sehr gut gelungen ist das zuletzt unserem Fraktions- und Parteivorsitzenden Friedrich Merz. Mit seiner Reise in die Ukraine hat Merz gezeigt, dass die deutsche Politik präsent vor Ort sein muss, um die Gespräche mit unseren ukrainischen Partnern zu führen und, um sich die Auswirkungen und Schäden der russischen Invasion vor Ort anzuschauen. Gleichzeitig stellt Merz die Ampel-Regierung und den Bundeskanzler immer wieder auch im

Parlament und konfrontiert sie mit ihrem Handeln. Sehr gut zusehen unter folgendem Link:

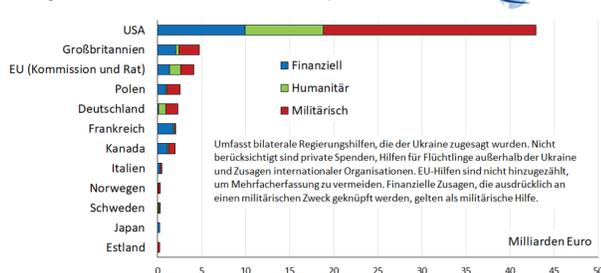
<https://www.youtube.com/watch?v=1Z59QJ2iZ18>



Foto: Steffen Böttcher/CDU

ÜBERSICHT ÜBER DIE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE UKRAINE

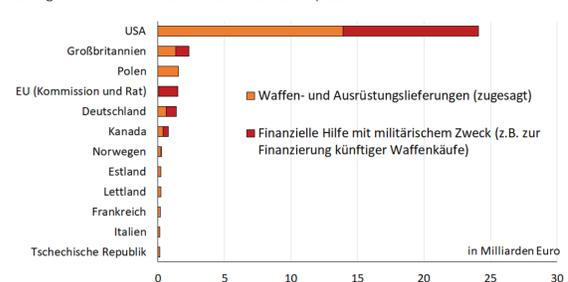
Ranking: Regierungshilfen an die Ukraine, in Mrd. Euro
Zusagen zwischen 24.01. und 10.05.2022, Top 12 von 38



Quelle: Antezza et al. (2022) Kiel Working Paper

ifw-kiel.de/ukrainetracker

Regierungshilfe an die Ukraine: Militärische Hilfe, in Mrd. Euro
Zusagen zwischen 24.01. und 10.05.2022, Top 12 von 38



Quelle: Antezza et al. (2022) Kiel Working Paper

ifw-kiel.de/ukrainetracker

Quelle: Antezza, A., Frank, A., Frank, P., Franz, L., Rebinskaya, E. & Trebesch, C. (2022). "The Ukraine Support Tracker: Which countries help Ukraine and how?". Kiel Working Paper, No. 2218

Neues aus dem Verteidigungsausschuss

VERTEIDIGUNGSMINISTERIN VERLIERT ÜBERBLICK



Foto: Hans-Hermann Bühling

Eine Strategie was die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine angeht, bleibt die Bundesregierung dem Parlament schuldig. Insbesondere was die Kommunikation des Verteidigungsministeriums angeht herrscht allgemeine Verwirrung, beispielsweise bei der Lieferung des Flugabwehrpanzers GEPARD. Zunächst hat die Ministerin Lambrecht verkünden lassen, dass Deutschland den

Panzer an die Ukraine liefern würde. Kurze Zeit später hieß es dann, dass die Ukraine mit der Firma Krauss-Maffei Wegmann einen Vertrag zur Lieferung schließen würde und Deutschland den Export lediglich genehmigen muss. Knapp einen Monat später wusste die Bundesregierung immer noch nicht, wann die angekündigten Flugabwehrpanzer der Ukraine zur Verfügung stehen, wie aus einer Antwort des Ministeriums auf meine Anfrage hervor geht. In der Zwischenzeit steht fest: Die Ukraine muss sich noch etwas gedulden, wir können erst im Juli liefern. Eine Kommunikation voller Pannen und Katastrophen, die aber mittlerweile zu einer Art Dauerzustand im Verteidigungsministerium geworden ist.

Anderes Beispiel, gleiches Problem: Am 22.05 gab die Staatssekretärin Siemtje Möller dem ZDF ein Interview und verkündete, dass es eine Absprache innerhalb der NATO geben würde, die besagt, dass kein NATO-Mitglied Kampf- oder Schützenpanzer westlichen Modells liefern würde. Knapp eine Woche später sind wir alle schlauer und wissen nun, eine solche Absprache existiert nicht. Ihre Parteivorsitzende, ein NATO-Sprecher, der Sprecher des BMVg, die britische Verteidigungsministerin und viele andere Vertreter von NATO-Staaten mussten ihr klar widersprechen.

Für die Bundesregierung wieder ein Grund weniger keine schweren Waffen zu liefern.

VERLÄNGERUNG DER EINSÄTZE IN MALI

Neben dem Ukraine-Krieg war die Verlängerung der Mandate für die beiden Bundeswehreinätze in Mali das bestimmende Thema im Verteidigungsausschuss. Deutsche Soldatinnen und Soldaten sind in zwei Missionen in Mali: Die von den Vereinten Nationen geführte Operation MINUSMA, die das Land stabilisieren und die territoriale Einheit Malis sichern soll, und die EU-Trainingsmission EUTM Mali, die malischen Soldaten ausbildet, um zukünftig selbst die Sicherheit ihres Staates garantieren zu können. Wir haben als CDU/CSU Fraktion beiden Mandatsverlängerungen zugestimmt,

allerdings mit Bauchschmerzen. Denn seit der Ankündigung Frankreichs, seine Soldaten aus Mali abzuziehen, ist der Schutz der MINUSMA-Kräfte, also auch der Bundeswehr Soldaten, nicht gesichert. Die Bundesregierung hat es in den letzten Monaten versäumt, gemeinsam mit den internationalen Partnern für Ersatz für die französischen Kampfhubschrauber und den Betrieb des militärischen Flughafens zu sorgen. Hier muss jetzt schnell nachgebessert werden, damit die deutschen Soldatinnen und Soldaten möglichst sicher ihren Auftrag erfüllen können. Im Rahmen des Mandats EUTM Mali verschiebt sich

der Schwerpunkt nun von der Ausbildung malischer Soldaten hin zur Ausbildung von Spezialkräften der anderen G5-Sahel Staaten in Niger. Bis geklärt ist, wie die Transitionsphase zu demokratischen Wahlen in Mali aussieht und wie die malische Regierung mit russischen Soldaten in Mali umgeht, können keine malischen Soldaten von EU-Staaten ausgebildet werden. Wir werden die Situation in der Region eng beobachten und das Handeln der Bundesregierung kritisch begleiten, um hier den Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten sowie die Ziele der Missionen sicherzustellen.

WEG FREI FÜR DAS SONDERVERMÖGEN DER BUNDESWEHR

Der Einrichtung des Sondervermögens Bundeswehr steht nichts mehr im Weg. Mit der erzielten Vereinbarung schaffen wir die Voraussetzungen für eine nachhaltige Stärkung und bessere Ausstattung



der Bundeswehr. Die Bundesregierung will noch vor der Sommerpause eine Initiative zur Beschleunigung der Beschaffung auf den Weg bringen. Das ist bitter nötig und die Regierung muss hier liefern. Mit dem nun erreichten Verhandlungserfolg steht fest, dass das Geld aus dem Sondervermögen einzig und allein der Bundeswehr zugutekommen darf. Damit konnten wir als Unions-Fraktion uns durchsetzen und einen wichtigen Schritt zu einer voll umfänglich ausgerüsteten

Bundeswehr machen. Nachdem das Sondervermögen in Anspruch genommen wurde, werden weiter die erforderlichen Mittel zur Erreichung der dann gültigen NATO-Fähigkeitsziele bereitgestellt. So schaffen wir eine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Bundeswehr. Auch eine Tilgung innerhalb eines angemessenen Zeitraums wurde vereinbart, sodass wir zukünftigen Generationen nicht die Fehler der Vergangenheit aufbürden.

Landtagswahlkampf Nordrhein-Westfalen

Weiter ging es auch wieder im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen. Der Einladung von Heike Bunde nach Bottrop bin ich gerne gefolgt. Gemeinsam haben wir uns das Stadtteilbüro Baternbrock angeschaut, bei dem die Bekämpfung von Armut bei Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in benachteiligten Stadtteilen im Fokus stand.

Anschließend ging es für mich weiter Richtung Duisburg Marxloh zu Deniz Güner. Bei einem Rundgang durch seinen Stadtteil haben wir uns intensiv über die Herausforderungen von sozialen Brennpunkten unterhalten und wie wir die hohe Arbeitslosigkeit in den Quartieren bekämpfen können.



Auf den Besuch in Siegen bei Jens Kamieth habe ich mich besonders gefreut. In seiner Funktion als Sprecher für Familie, Kinder und Jugend konnten wir in Düsseldorf öfter zusammenarbeiten und viele Projekte erfolgreich angehen und umsetzen. Mit dem Hofbachstadion hat er einen wunderbaren Veranstaltungsort ausgesucht, um über Integration, Flucht und Zuwanderung zu sprechen. Mit einigen Interessierten konnten wir über die Erfolge der NRW-Landesregierung sprechen und über die aktuellen Herausforderungen und Probleme rund um den Krieg in der Ukraine diskutieren. Besonders gefreut hat mich auch, dass auch ukrainische Frauen im Publikum dabei waren und mit Hilfe von freiwilligen Übersetzern an der Diskussion teilhaben konnten.



Bildung ist der Schlüssel für eine gelingende Zukunft, das wird tagtäglich in Essen durch die Einrichtung "Zukunft Bildungswerk" unter Beweis gestellt. Mit dem CDU-Kandidaten Thomas Ziegler durfte ich mir davon selbst ein Bild machen. Turgay Tahtatabas hat das Projekt in Essen ins Leben gerufen und bietet damit jungen Menschen mit Migrationsgeschichte Orientierung. Dieses Engagement ist nicht nur eine Bereicherung für viele Menschen mit Migrationsgeschichte. Es leistet auch einen wichtigen Teil für ein gelingendes Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft. Danke an alle Engagierten und Ehrenamtler in Essen für die Arbeit und das Projekt.

Spannende Projekte und eifrigen Unternehmergeist durfte ich in Grevenbroich bei der Firma Humintech gemeinsam mit Ministerpräsident Hendrik Wüst, der Landtagsabgeordneten Heike Troles und meinem Bundestagskollegen Hermann Gröhe besichtigen. Humintech erzeugt Bodenverbesserer und organischen Dünger für die Agrarwirtschaft basierend auf dem Rohstoff Braunkohle aus dem rheinischen Revier. Auch bei der Sanierung von Problemböden werden die Produkte eingesetzt. Außerdem wird bei Humintech die Vielfalt in unserem Land gelebt, quer durch das Unternehmen zieht sich der Leitgedanke der Gründer: Gemeinsam anpacken und was schaffen.



Zum Abschluss des Wahlkampfes konnte ich mit unserem Generalsekretär Mario Czaja in Köln noch den Verein Blaugelbeskreuz besuchen. Die vielen Freiwilligen und Ehrenamtler organisieren jeden Tag die Hilfe für die Betroffenen in der Ukraine. Es werden Hilfslieferungen mit Medikamenten, Nahrung und Babyboxen gestemmt ebenso wie eine Unterstützung für die geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer, die hier in Deutschland leben. Viele von ihnen kommen nur noch mit dem an, was sie tragen konnten. Deshalb organisiert der Verein neben der Erstversorgung auch eine Kleiderkammer und grundlegende Informationen zum Leben in Deutschland. Mir ist es wichtig, dass wir trotz einer gewissen Kriegsmüdigkeit, die irgendwann natürlicherweise eintritt, den Fokus auf die Ukraine nicht verlieren.



Neues aus unserer CDU

NRW: BELOHNUNG FÜR DIE HARTE ARBEIT



Teamwork zahlt sich aus. Gemeinsam mit Hendrik Wüst als unserem Ministerpräsidenten und den vielen Kandidatinnen und Kandidaten konnten wir diese wegweisende NRW Wahl klar für uns entscheiden. Mit diesem Ergebnis hat sich sofort jegliche Diskussion über den Regierungsauftrag erübrigt. Mit dem schlechtesten Ergebnis ihrer Geschichte

und acht Prozentpunkten Abstand, war es am Wahlabend schon klar, dass die SPD in NRW weiterhin in der Opposition bleiben muss. Damit ist dann auch das "sozialdemokratische Jahrzehnt", welches durch den Bundeskanzler ausgerufen wurde, nach knapp 5 Monaten wieder zu Ende. In NRW bietet sich jetzt die Chance für eine nachhaltige Aufbruchskoalition gemeinsam mit den Grünen. Dabei müssen wir aber auch immer darauf achtgeben, dass wir nicht verlieren, was zu diesem Wahlerfolg geführt hat. Eine erfolgreiche Regierungsarbeit unter der Führung der CDU mit starken Einzelpersonen, die immer als Team gearbeitet und kommuniziert haben. Das Gegenteil also von dem, was aktuell in Berlin stattfindet.

KOALITION MIT DEN GRÜNEN

Mit 35 Prozent und siebeneinhalb Prozentpunkte Unterschied zur SPD bei der Landtagswahl in NRW haben wir als CDU einen klaren Regierungsauftrag. Während die SPD in ihrer ehemaligen Herzammer ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen eingefahren hat, sind wir mit diesem Wahlergebnis wieder im Aufwind. Für uns kann es resultierend aus diesem Wahlergebnis im ersten Moment aber auch nur einen klaren Regierungspartner geben: Die Grünen. Im Gegensatz zu dem ein oder anderen sehe ich diese Koalition allerdings nicht kritisch, sondern sehe eher das Potential, welches in dem neuen Bündnis liegen könnte. Im Bund zeigen die Grünen aktuell sehr gut, wie sehr sie in der Realpolitik angekommen sind, allen voran Wirtschaftsminister Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock. Nach der ersten Sondierung, an der ich auch mitwirken durfte, können wir auch schon ein erstes gutes Ergebnis unter dem folgenden Link präsentieren: https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/downloads/cdu_grune_fur_die_zukunft_von_nordrhein-westfalen.pdf

Nun geht es für uns in die nächste Runde und ich freue mich auf die Koalitionsverhandlungen, besonders in meinem Bereich Migration, Integration, Flucht, Europa und Internationales.

GRUNDSATZPROGRAMM CDU

Der Kickoff zu unserem neuen Grundsatzprogramm liegt hinter uns, der Gestaltungsprozess fängt aber gerade erst an. Das Programm wird in einer Phase der Krisen entstehen: Krieg wütet in Europa, die Klimakrise verschärft sich, die Inflation führt dazu, dass immer mehr Menschen sich Lebensmittel nicht mehr leisten können. Jede Krise ist mit einer anderen verwoben: Jede Lösung kann also ein neues Problem hervorrufen. Das heißt: wir müssen damit lernen zu leben, dass wir in ständigen Dilemmata gefangen sind. Aber nicht nur Menschen machen die Krisen, sie machen auch etwas mit den Menschen. Wir sind alle etwas bedachter, vielleicht auch ängstlicher in dem, was wir tun, geworden.

Wie kriegen wir es also als CDU hin, ein Grundsatzprogramm zu entwerfen, das unter dem Einfluss der Zeit besteht und

den Menschen gleichzeitig Mut und Zuversicht gibt? Der Gang in die Opposition im Bund war nicht leicht. Wir beweisen täglich, dass wir es als Chance sehen, unabhängig von Koalitionspartnern zu denken und selbstbewusst für die besten Ideen im Sinne Deutschlands zu streiten. Diese frei gewordenen Kräfte werden wir jetzt nutzen. Am Ende des Prozesses erzählen wir mit dem Grundsatzprogramm eine Geschichte über und für unser Land: Woher wir kommen, wofür wir stehen und insbesondere wohin wir wollen. Wir wollen Antworten auf Zukunftsfragen geben und gleichzeitig diejenigen abholen, die sich abgehängt fühlen. Das muss unser Anspruch als Volkspartei sein. Mit der Charta ist der Rahmen abgesteckt. Jetzt geht es in die thematische Arbeit. Packen wir also gemeinsam an, ich freue mich auf die weitere Arbeit!



Foto: Tobias Koch

Medien & Netzwerk

 www.serapgueler.de
 @serapgueler
 @sgueler
 @SerpGueler

Impressum

Herausgeber:

Serap Güler MdB
Friedrich-Ebert-Str. 94-96
51373 Leverkusen

Kontakt:

Mail:
serap.gueler.wk@bundestag.de

V.I.S.D.P.:

Jonas Dankert
Friedrich-Ebert-Str. 94-96
51373 Leverkusen